

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Deimek
und weiterer Abgeordneter

betreffend Sieben-Punkte-Maßnahmenpaket zur Entlastung der Autofahrer

eingbracht in der 148. Sitzung des Nationalrates, XXIV. GP, am 28. März 2012 im Zuge der Debatte zum Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1680 d.B.): 1. Stabilitätsgesetz 2012 – 1. StabG 2012 (1707 d.B.)

Nach den permanenten Erhöhungen der Mineralölsteuer durch die rot-schwarze Bundesregierung in den vergangenen Jahren und den Auswirkungen des schwachen Euro haben sich die Befürchtungen auf dramatische Weise bestätigt, dass die Mineralölfirmen die Situation ausnutzen und auf dem Rücken der Österreicher Gewinnmaximierung betreiben. Dies trifft die Wirtschaft – und hier vor allem die kleinen und mittleren Betriebe – genauso wie zehntausende Pendler, Familien und Pensionisten, die auf ein Kraftfahrzeug angewiesen sind.

In Bezug auf die inländische Produktion von Rohöl und Gas ist darauf hinzuweisen, dass die Republik als Eigentümerin der Vorräte es in den letzten Jahren verabsäumt hat, angesichts gestiegener Energiepreise den von den Förderunternehmen eingehobenen Förderzins anzupassen. In einem Antrag auf Änderung des Mineralrohstoffgesetzes (1779/A(E)) hat die FPÖ bereits auf eine Erhöhung des Förderzinses gedrängt. Dadurch wären zusätzliche Einnahmen für den Staat zu erwarten, die, in die verstärkte Nutzung von erneuerbaren Energien eingesetzt werden könnten. Eine Zweckwidmung der Mittel aus dem Förderzins ist anzustreben. Diese Maßnahme der Preisregulierung würde in Verbindung mit einer Anhebung des Pendlerpauschales und des Kilometergeldes zu einer unmittelbaren Entschärfung der Situation führen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigenden Abgeordneten folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung und insbesondere die zuständigen Bundesminister werden aufgefordert dem Nationalrat bis zum 1. Mai eine Regierungsvorlage vorzulegen, die folgende Maßnahmen enthalten:

- Senkung der Mineralölsteuer um ein Drittel
- Zweckbindung der Mineralölsteuer zur Errichtung und den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur
- Erhöhung des Förderzinssatzes für österreichisches Rohöl und Gas
- Inflationsanpassungen bei Kilometergeld - automatisiert jeweils mit 1. Jänner des Jahres
- für Arbeitnehmer müssen Fahrtkosten zum Arbeitsplatz steuerlich berücksichtigt und bei der Arbeitnehmerveranlagung geltend gemacht werden können
- Keine kilometerabhängige PKW Maut
- Einführung des "Österreich Ticket"

28/13

